



ANTRAG 1

Keine Arbeitserlaubnis für Asylwerber in Österreich, keine Solidaritätsabgabe

an die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien beschließt, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung dafür Sorge trägt, dass der Arbeitsmarkt für Asylwerber/Asylwerberinnen in Österreich weiter geschlossen bleibt und es zu keiner Solidaritätsabgabe der Österreichischen Steuerzahler/Steuerzahlerinnen für Asylwerber/Asylwerberinnen kommt.

Begründung:

Aus vielen Anfragebeantwortungen des Nationalrates geht hervor, dass unter den in diversen AMS gemeldeten, arbeitslosen Konventionsflüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten die überwiegende Mehrheit keinen abgeschlossenen Pflichtschulabschluss oder nur diesen vorweisen kann. Die gravierende Minderheit besitzt einen Hochschulabschluss.

Dass der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber daher eine „Bereicherung“ wäre, da qualifizierten Personen ansonsten ein Arbeitsverbot auferlegt würde, ist somit bereits widerlegt.

Folgende Tatsachen erscheinen daher in einem völlig neuen Licht:

Aktuell gibt es Bestrebungen, den Arbeitsmarkt sogar für Asylwerber zu öffnen. Im Bereich der Lehrstellen wurde dies sogar schon umgesetzt!!!

Eine tatsächliche Umsetzung würde, vor allem unter dem aktuellen Gesichtspunkt, einen weiteren gigantischen Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben, wenn man die explodierenden Asylwerberzahlen analysiert.

Allein seit 1999 haben bis zum Frühjahr 2015 336.882 Asylwerber einen Antrag auf Asyl gestellt:

Asylwerber-Anträge nach Österreich seit 1999	Asylwerber
1999	20.129
2000	18.284
2001	30.127
2002	39.354
2003	32.359
2004	24.634
2005	22.461
2006	13.349
2007	11.921
2008	12.841
2009	15.821
2010	11.012
2011	14.416
2012	17.413
2013	17.503
2014	28.027
2015** (Jänner/Februar)	7.231
Gesamt bisher:	336.882



FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER

Die aktuellen Asylantragszahlen kann man noch gar nicht abschätzen.

Bei diesen Bestrebungen machen auch die sozialdemokratischen Arbeitnehmervertreter (FSG) kräftig mit. Eine Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylwerber/-innen würde auch die illegale Beschäftigung zurückdrängen, so ein FSG-Funktionär.

Auch der „oberste sozialdemokratische Arbeitnehmervertreter“, ÖGB-Vorsitzender Erich Foglar, setzt sich für eine Arbeitserlaubnis für Asylwerber ein:

„Ich denke, wenn es eine sinnvolle Erleichterungsmöglichkeit gibt, den Menschen Zugang zum Arbeitsmarkt zu verschaffen, dann soll man sich einer grundsätzlichen Diskussion nicht verwehren.“

Eine allgemeine Solidaritätsabgabe für Steuerzahler/Steuerzahlerinnen, wie sie der Tiroler Wirtschaftskammer-Präsident Bodenseer fordert, um die Ausgaben für Flüchtlinge für deren Integration abzugelten ist abzulehnen. Bodenseer verwechselt da offensichtlich Solidaritätsabgabe mit „EU- Unfähigkeitsabgabe“.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



ANTRAG 2

e-Card mit Photo

an die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien beschließt, sich dafür einzusetzen, dass e-Cards nur mehr mit einem Photo des Karteninhabers ausgestellt werden. Bestehende Karten müssen sukzessive ausgetauscht werden. Die Zusätzliche Verwendung als Bürgercard ist zu prüfen.

Begründung:

Die einzige Möglichkeit den immer größer werdenden Missbrauch von e-Cards und damit die weitere Belastung des Gesundheitssystems zu unterbinden, ist eine eindeutige Personalisierung der e-Card, wie sie zum Beispiel auch bei der Vorteils-card der Bahn oder der Jahreskarte der Wiener Linien bereits erfolgt.

So verschwinden in Österreich im Jahr über 17.000 e-Cards. Diese verlorenen e-Cards werden aber sehr oft, wie leider auch vorhandene, dazu genutzt, um sich ärztliche Leistungen für Verwandte, Bekannte oder auch für Dritte zu erschleichen.

Die Sozialversicherung genießt in der Bevölkerung ein genügend großes Ansehen, um diese notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zu rechtfertigen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



ANTRAG 3

Bekämpfung von Spielsucht an Wiener Schulen

an die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien beschließt, sich dafür einzusetzen, dass die Landesregierung gemeinsam mit dem Landesschulinspektor und der Bundesregierung eine Aufklärungskampagne zum Thema Spielsucht an allen allgemein bildenden Schulen, berufsbildenden mittleren und höheren Schulen und Berufsschulen in Wien anbietet.

Begründung:

Gemäß einem Bericht für „Suchtfragen“ sind Internetsucht und Onlineglücksspiel gerade bei Schülern/Schülerinnen und Lehrlingen (Berufsschülern) stark verbreitet. Immer wieder erscheinen Studien zu diesem Thema. Dabei zeigt sich, dass 1/3 der Schüler/Schülerinnen bereits einschlägige Erfahrungen mit kostenpflichtigen Onlineglücksspielen gesammelt haben. Mehr als ein 1/5 der Schüler/Schülerinnen müssen gar als Vielspieler charakterisiert werden.

Die Fachstelle Glücksspielsucht sieht nicht nur angesichts dieser Zahlen, sondern auch aufgrund zahlreicher Fallbeobachtungen von Jugendlichen die Durchführung von entsprechenden Aufklärungsmaßnahmen als vordringliche Aufgabe an: "Die Notwendigkeit von Präventionsmaßnahmen ergibt sich aus der Tatsache, dass knapp 20 % der Schüler Online-Glücksspiele spielen, um Langeweile entgegenzuwirken, und über 20 % der Ansicht sind, dass Strategie, Geduld und das eigene Können die Gewinn- bzw. Verlustwahrscheinlichkeit mitbeeinflussen." (Quelle: Projektbericht Fachstelle für Glücksspielsucht. Mai 2013)

An der Notwendigkeit entsprechende Präventionsmaßnahmen zu setzen, um Jugendliche vor den Gefahren des Glücksspiels zu schützen, kann angesichts dieser sowie anderer Studien zum Spielsuchtverhalten von Schülern/Schülerinnen und Lehrlingen kein Zweifel bestehen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



ANTRAG 4

Eigenverantwortung und Selbstbestimmung im Bereich der Kinderbetreuung und Schulen

an die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert die Bundesregierung auf, sich für das wichtige Prinzip der Subsidiarität, der Eigenverantwortung und der Selbstbestimmung im Bereich der Kinderbetreuung und der Schulen einzusetzen. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, aus denen Familien frei, selbstbestimmt und ohne Zwang die besten Möglichkeiten für Ihre Kinder aussuchen können.

Begründung:

VP Familienministerin Sophie Karmasin sagte unlängst „Kleinkinder seien in Krippen besser aufgehoben als zu Hause“ – abgesehen davon, dass diese Aussage viele Eltern empört, widerspricht es dem Prinzip der Subsidiarität!

Das Prinzip der Subsidiarität sagt: Was vom Individuum oder in kleinen Einheiten erledigt werden kann, soll ihnen nicht von der größeren Einheit entzogen werden. Dieses Prinzip ist im EU-Recht verankert und wird aber in der EU und auch in Österreich oftmals missachtet.

Freie Wahl bei Kinderbetreuung – keine Kindergartenpflicht!

Die Eltern sollen die Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung haben, denn die Entscheidung über die Erziehung ihrer eigenen Kinder ist ein elementares Recht jedes Elternpaares. Die Bindung zwischen Mutter/Vater und Kind ist die engste Bindung, die es geben kann. Es gibt viele junge Mütter und Väter, die wenn sie es ohne ökonomischen Zwang könnten, ihre Kinder lieber länger zu Hause betreuen würden.

Es sollte sich also eine Mutter/ein Vater frei von ökonomischen Zwängen ihrem Kind in den ersten Lebensjahren widmen dürfen und dafür müsste die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Der Staat muss Angebote und Hilfestellungen, wie ausreichende Betreuungsplätze, flexible Öffnungszeiten, kombinierbare Betreuungsformen,... schaffen, damit jeder selbst entscheiden kann, welche Form von Betreuung er wählt.

Die Kindergartenpflicht ist ein Eingriff in die Familie und in die Erziehungskompetenz der Eltern. Natürlich ist das Argument des Spracherwerbs stichhaltig. In diesem Fall soll es eine



FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER

Ausnahme geben, damit Kinder mit Sprachdefiziten die deutsche Sprache bereits im Kindergarten erlernen und im Schulalltag nicht benachteiligt sind. Den kostenlosen Kindergarten für alle soll es geben, aber ohne jeden Zwang!

Keine Sexualerziehung im Kindergarten!

Weiters ist es auch nicht Aufgabe des Kindergartens, Sexualerziehung zu übernehmen, Sexualkundeunterricht gehört maximal in Schulen. Bislang galt die Sexualerziehung als primäre Aufgabe der Eltern, der Schule wurde eine Mitwirkung eingeräumt. Dieser Passus dreht sich jetzt um 180°. Eltern werden somit nur noch zu statistischen Einflussfaktoren. Und das ist nicht nur mit gebührender Skepsis zu sehen, sondern abzulehnen.

Keine Zwang-Ganztageschule für ALLE!

Die Nachmittagsbetreuung in Schulen ist begrüßenswert für alle Schüler, die diese Betreuung dringend benötigen. Aber auch hier muss das Prinzip der Freiwilligkeit gelten. Eine Ganztageschule für alle mit Pflicht, wie es sich die SPÖ wünscht, wird kategorisch abgelehnt, weil hier wiederum der Familie das Recht auf Eigenverantwortung und Selbstbestimmung genommen wird.

Kein Gender-Zwang in Schulen!

Es ist nicht die Aufgabe von Schulen und später von Hochschulen, die Schüler/Schülerinnen und Studenten/Studentinnen zum gendergerechten Formulieren zu zwingen, dies ist eine im Berufsleben unbrauchbare Fertigkeit.

Jede Art von Zwang und Bevormundung ist strikt abzulehnen, lassen wir den Familien das Recht, selbst zu entscheiden, was für ihre Kinder das Beste ist.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



ANTRAG 5

Überlappende Parkzone an den Bezirksgrenzen

**an die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer
für Arbeiter und Angestellte für Wien**

Die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien beschließt, sich dafür einzusetzen, dass die Stadt Wien und der Magistrat prüfen mögen, ob und wie weit es möglich ist, bis zur Schaffung eines Wiener Gratisparkpickerls, für Autofahrer mit Wiener Kennzeichen, an den Bezirksgrenzen ein überlappendes Parken der entsprechenden Parkpickerlinhaber/Parkpickerlinhaberinnen, an den bezirkstbegrenzenden Straßenzügen mit dem jeweiligen Nachbarbezirk/Bezirken zu ermöglichen.

Begründung:

Derzeit kommt es in vielen Bezirken mit Parkpickerl an den Bezirksgrenzen zu Parkplatzproblemen. Daher sollte es an der Bezirksgrenze möglich sein auch mit dem jeweilig anderen Parkpickerl überlappend parken zu dürfen, ohne abgestraft zu werden.

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------



ANTRAG 6

Gratis Park & Ride für Jahreskartenbesitzer der Wiener Linien

an die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien beschließt, sich dafür einzusetzen, dass Jahreskartenbesitzer der Wiener Linien die Wiener Park + Ride - Anlagen, in Kombination mit der Jahreskarte, gratis benutzen dürfen.

Begründung:

Viele Menschen müssen täglich einpendeln und haben zu den Zeiten, zu denen sie nach Wien bzw. aus Wien fahren keine attraktiven öffentlichen Verkehrsmitteln zur Verfügung. Es gibt aber auch genug Wiener/Wienerinnen, die am Stadtrand wohnen und deren Anbindungen ebenfalls ziemlich unattraktiv sind und sie daher auch zu einer U-Bahn/Schnellbahn fahren müssen, um nicht stundenlang unterwegs zu sein.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



ANTRAG 7

Stopp der Lebensmittelvernichtung

**an die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer
für Arbeiter und Angestellte für Wien**

Die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien beschließt, sich dafür einzusetzen, dass, die Bundesregierung eine Regierungsvorlage verabschiedet, die die Vernichtung von Lebensmitteln in Österreich in der Lebensmittelindustrie, dem Lebensmitteleinzel- und Lebensmittelgroßhandel, der Gastronomie und bei den Konsumenten verhindert.

Begründung:

Jährlich werden in Österreich Lebensmittel im Wert von durchschnittlich EURO 300,- pro Haushalt in den Müll geworfen. Jeder Österreicher wirft rund 19 kg verwertbare Lebensmittel pro Jahr in den Müll. Auf der anderen Seite leben über eine Million Österreicher unter der Armutsgrenze. Auch der Lebensmittelhandel und die Gastronomie müssen große Mengen an Lebensmittel vernichten, weil das Ablaufdatum überschritten ist, auch, wenn sie zum Verzehr und Genuss noch einwandfrei verwendbar wären. Hier muss es eine gemeinsame Willensbekundung geben, damit der Lebensmittelvernichtung in Österreich Einhalt geboten wird.

Ein eigenes Bundesgesetz zum Stopp der Vernichtung von Lebensmitteln soll dafür Sorge tragen, dass Lebensmittel in Österreich in der Wertschöpfungs- und Absatzkette zwischen Lebensmittelindustrie, Lebensmitteleinzel- und Lebensmittelgroßhandel, Gastronomie und Konsumenten nicht vernichtet, sondern einer entsprechenden Verwertung zugeführt werden. Dafür soll ein entsprechendes Anreizsystem in Produktion, Handel und beim Konsumenten geschaffen werden.

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und die Bundesministerin für Gesundheit, werden aufgefordert, eine Regierungsvorlage auszuarbeiten, die die Vernichtung von Lebensmitteln in Österreich in der Lebensmittelindustrie, dem Lebensmitteleinzel- und Lebensmittelgroßhandel, der Gastronomie und bei den Konsumenten verhindert.“

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig



ANTRAG 8

Basisförderung für den VKI

an die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Die 165. Tagung der Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien beschließt, sich dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, eine Regierungsvorlage zu verabschieden, die eine entsprechend dotierte Basissubvention durch den Bund für den Verein für Konsumenteninformation(VKI) vorsieht.

Begründung:

Kürzlich hat der Geschäftsführer des VKI Franz Floss, der anlässlich seines Ruhestandsantritts eine Bilanz seiner Tätigkeit zog, in einer Pressekonferenz gesagt: „Mindestens zwei Mio. Euro zusätzlich pro Jahr sind notwendig, um den Betrieb des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) "qualitativ aufrecht zu erhalten"“. Weiters meinte er: "Uns geht langsam die Luft aus".

Floss forderte die Umsetzung des Regierungsprogramms von 2013, wonach von der Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) verhängte Bußgelder dem VKI zugutekommen sollen. Die Verhandlungen in den Ministerien würden noch laufen. Der VKI sei nicht in die Gespräche eingebunden, brauche aber langsam etwas Schriftliches zur Planung, betonte der Leiter der Verbraucherorganisation.

In einem Jahr wird es uns noch geben, weil wir kaufmännisch gut arbeiten und Rücklagen haben", erläuterte Floss. Wie die Situation ohne zusätzliches Geld in zwei Jahren aussehe, könne er nicht abschätzen. Das würde aber womöglich bedeuten, "dass der VKI seine Aufgaben nicht erfüllen kann". Es habe schon vor einiger Zeit Nicht-Nachbesetzungen von Stellen in der Organisation gegeben, fügte Floss hinzu.

Den erhöhten Finanzbedarf begründete der scheidende Geschäftsführer mit der steigenden Zahl an Tests und der umfangreicheren Arbeit. Produkte kämen in viel kürzeren Abständen auf den Markt als früher, hielt Floss fest. Es gehe zudem nicht mehr nur darum, "wie gut wäscht eine Waschmaschine?", sondern beispielsweise auch um den Strom- und Wasserverbrauch und die Langlebigkeit. "Das Angebot ist größer geworden und wir müssen dem Konsumenten mehr bieten."

Der VKI befindet sich laut Floss in einem Modernisierungsprozess. Dabei gehe es beispielsweise um die Betreuung von Social Media und die Erstellung von Videos zu



FREIHEITLICHE ARBEITNEHMER

Produkttests. "Wir müssen Testergebnisse auch viel schneller publizieren", verwies Floss auf rasche Neuentwicklungen. Die zahlreichen Konsumentenbewertungen im Internet seien ebenfalls eine neue Herausforderung, hier "bieten wir den Wegweiser in diesem Dschungel", sagte Floss.

"Wenn wir die zwei Millionen bekommen, dann können wir unsere Arbeit weiterführen und langsam modernisieren." Für den Umstellungsprozess sei aber noch mehr Geld notwendig, sagte Floss. Der Betriebsrat forderte bei der Pressekonferenz mit einem Transparent mit der Aufschrift: "Her mit der Marie für den VKI" und Infoblättern ebenfalls die Umsetzung des Regierungsprogramms.

Die Verbraucherorganisation mit einem Jahresbudget von rund zehn Mio. Euro finanziert ihre Arbeit zu rund 75 Prozent selbst, betonte Floss. Der VKI erhält seine Erlöse vor allem durch Publikationen wie dem "Konsument"-Magazin, durch Projekte sowie Verlags- und Beratungstätigkeit. Gefördert wird der VKI außerdem durch Mitgliedsbeiträge der Bundesarbeitskammer (AK) und des ÖGB sowie durch eine Basissubvention des Sozialministeriums.

"Ich habe in meiner gesamten politischen Karriere nie so viel erreicht wie hier beim VKI", resümierte der Geschäftsführer über die Erfolge der Verbraucherorganisation. Besonders hob Floss die Melde- und Informationsplattform Lebensmittel-Check.at hervor. Die beiden "Energiekosten-Stop"-Aktionen brachten seit dem Jahr 2013 außerdem mehr als 115.000 Wechselaufträge von Strom- und Gaskunden und den Teilnehmern Gesamtersparnisse von über 15 Mio. Euro.

Auch die Klagstätigkeit des VKI sei Teil der Erfolgsbilanz, erklärte Floss. "2014 wurden insgesamt 30 Mio. Euro erstritten." 85 Prozent der abgeschlossenen Verfahren wurden "im Sinne der Konsumenten entschieden". Floss übergibt nach mehr als 40-jähriger Tätigkeit in der Verbraucherorganisation sein Amt Anfang Oktober an den bisherigen Geschäftsführer Josef Kubitschek und VKI-Neuzugang Rainer Spenger. (SN 22.09.2015)

Angenommen <input type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrstimmig <input type="checkbox"/>
-------------------------------------	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--------------------------------------